

IDEEN FÜR EINE LINKE OPPOSITION

DIE LINKE 2023: KRISE, CHANCEN, ERNEUERUNG

Am 5. Juli fand in Neukölln eine Demonstration statt, die zukunftsweisend für die kommenden Jahre unserer Partei sein kann. Nachdem bekannt wurde, dass weitreichende Kürzungen im Bezirk geplant waren, hat der Bezirksverband sofort eine Kundgebung angemeldet und über Social Media, Flyer und Plakate dazu aufgerufen. Zusammen mit einer Vielzahl an Initiativen haben wir hunderte Menschen vor dem Rathaus versammelt, um gegen die geplanten Sparmaßnahmen in Neukölln zu protestieren.

Das ist ein Beispiel für den praktischen Gebrauchswert der LINKEN, die allerdings derzeit in einer ihrer schwersten Krisen steckt: In einer immer stärker polarisierten Gesellschaft muss sie sich zwischen einem als alternativlos dargestellten Neoliberalismus in unterschiedlich progressiven Ausprägungen und einem mit mehr als einem Bein im Faschismus stehenden Rechtspopulismus positionieren. Intern wird die Partei von Strömungs- und Machtkämpfen zerrieben. Sie erfährt selbst in einer wirtschaftlichen Mehrfachkrise keinen Zuspruch – während Parteien, die ihr faschistisches Gedankengut kaum verhehlen, vom gesellschaftlichen Frust profitieren. Doch es gibt auch Entwicklungen, die hoffnungsvoll stimmen. Nicht nur hat sich der Parteivorstand einstimmig von Sahra Wagenknecht und ihren zunehmend nach rechts anschlussfähigen Positionen distanziert. Mit der Nominierung von Carola Rackete und Gerhard Trabert für die Europawahl 2024 öffnet DIE LINKE sich einem aktivistischen Milieu, dem eine parteipolitische Verankerung in weiten Teilen abhandengekommen ist oder fehlt. Es gilt nun, das Profil der Partei auch in der sozialen Frage zu schärfen und Projekte zu identifizieren, die eine Verbindung zwischen Themen von Ausbeutung und Unterdrückung zulassen. Die LINKE muss sich als aktive Mitgliederpartei, als Unterstützerin und Motor antikapitalistischer Strömungen und Kampagnen begreifen und die Unzufriedenheit vieler mit den herrschenden Zuständen kanalisieren.

BERLIN UNTER DER RÜCKSCHRITTSKOALITION

Der Wahlkampf bei der Wiederholungswahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und die ersten Amtshandlungen der neuen Regierung von Kai Wegner und Franziska Giffey zeigen die Handlungsfelder für DIE LINKE in der kommenden Zeit. Die CDU hat die Probleme, die sich aus den Krisen unserer Gegenwart ergeben, mit einem Kulturkampf übertüncht. Erfolgreich profilierte sie sich als Autofahrer:innenpartei und auf Kosten marginalisierter Gruppen, die Opfer von rassistischer Hetze und Law & Order Politik sind. Seit der Wahl setzt die Regierung diesen Kurs fort und wird dabei von einer auch in Berlin erstarkenden AfD flankiert. Gleichzeitig nutzt der Senat die Krisen der letzten Jahre als Vorwand, um dem Landeshaushalt und den Bezirken einen brutalen Sparkurs zu verordnen. Auch diese Sparmaßnahmen gehen vor allem auf Kosten derjenigen, die ohnehin von der Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen sind. Ziel der LINKEN in den kommenden Jahren muss es sein, diese Gruppen in all ihren Kämpfen zu unterstützen und eine Stimme für diejenigen zu sein, die eine antikapitalistische Alternative zu dieser Regierung suchen, die ihren Klassenkampf von oben mit Rassismus garniert.

KÄMPFERISCHE OPPOSITION STATT WARTEN AUF 2026

In der Berliner Landesregierung hat die LINKE Entscheidungen mitgetragen, gegen die viele Mitglieder und Wähler:innen dieser Partei auf der Straße demonstriert haben. DIE LINKE muss ihre neue Rolle als soziale Opposition nutzen. Statt auf die nächste Regierungsbeteiligung zu warten, muss DIE LINKE ihr soziales und antikapitalistisches Profil nicht nur in Abgrenzung zur Regierung, sondern gerade auch in Abgrenzung zu den Grünen unter Beweis stellen. Sie will und muss weiterhin auf der Seite derjenigen stehen, deren Stimme nicht gehört wird, und sich für die Menschen in Berlin einsetzen, deren Interessen nicht durch einflussreiche Lobbygruppen vertreten werden. Die neue Regierung wird in den nächsten Jahren auf Widerstand stoßen und die LINKE muss zur Speerspitze der Opposition werden – im Parlament und auf der Straße. Zusammen mit den Organisationen, NGOs und Verbänden, die uns bereits jetzt als Partnerin im Senat vermissen, und neuen Verbündeten müssen wir den Kampf um eine gerechtere Stadt fortführen. In dieser neuen Rolle liegt die Chance, uns als aktive Mitgliederpartei neu aufzustellen. Der Widerstand gegen die neue Regierung muss

konstant bei jeder sich bietenden Gelegenheit praktiziert werden. Kommt es zu einer neuen neoliberalen Sparmaßnahme, gehen wir dagegen auf die Straße, droht eine Mieter:innengemeinschaft durch einen Hausverkauf verdrängt zu werden, wissen die Anwohner:innen, dass sie sich an jemanden aus unserer Partei wenden können, rufen Arbeiter:innen zum Streik auf, sind wir auf der Kundgebung präsent. Parallel dazu treiben wir eigene Kampagnen voran, bei denen sich unsere (potenziellen) Mitglieder aktiv einbringen und für ihre Vision eines antikapitalistischen Berlins für alle einstehen können.

DIE NEUKÖLLNER LINKE ALS TEIL DES ERNEUERUNGSPROZESSES

Wir können aus Neukölln mit gelebter Praxis, gemeinsam erarbeiteten Regeln und lebendigen Routinen Impulse zur Erneuerung der Partei beitragen. Ein Beispiel ist die Mandatsträger:innenvereinbarung des Bezirksverbands. Wir sind der Überzeugung, dass Mandate ein politischer Auftrag des Bezirksverbands sind und kein Privatvergnügen. Sie müssen als kollektive Aufgabe der gesamten Partei begriffen werden. Mandatsträger:innen wirken im Sinne der Parteibasis und holen sich die Zustimmung der Mitgliederversammlung für wichtige Entscheidungen. Wir haben hohe Mandatsträger:innenbeiträge vereinbart, damit nicht das Finanzielle zum Anreiz wird, sich um ein Mandat zu bewerben oder daran festzuhalten. Außerdem wirkt dies einer Hierarchisierung des politischen Aktivismus zugunsten der Parlamente entgegen. Alle Bewerber:innen um entsprechende Ämter unterschreiben eine freiwillige Vereinbarung.

Unserem Selbstverständnis als Mitgliederpartei entsprechend betrachten wir in Neukölln die Basisorganisationen, in denen sich jedes Mitglied einbringen und die Partei nach seinen Vorstellungen mitgestalten kann als Kern der Partei. Politische Aktionen wie Kundgebungen, Sammelaktionen oder politische Weiterbildungen werden nicht ausschließlich vom Bezirksvorstand vorgegeben, sondern durch die Mitglieder angestoßen. Mit dieser Herangehensweise konnten wir über viele Jahre unsere Mitgliedschaft vergrößern, unsere Mandatsträger:innen auf allen Ebenen eng an die Parteipraxis binden und für viele Mitglieder eine motivierende Praxis gestalten. Trotz unseres Bewusstseins für dennoch vorhandene Schwachstellen sowie die guten Grundvoraussetzungen eines Bezirks wie Neukölln, wollen wir dennoch souverän argumentieren,

dass unsere Praxis Beispiele für andere Bezirke und Kreisverbände der Partei liefern kann.

PARTEIAUFBAU IM SÜDEN HEISST KLASSENSTATT KULTURKAMPF

Die Unterschiede zwischen Innen- und Außenbezirken prägten den vergangenen Wahlkampf. In Neukölln geht die Trennlinie des S-Bahn-Rings mitten durch den Bezirk. Bei den letzten Wahlen haben wir im Süden Neuköllns Wähler:innen verloren. Auch wir sind also mit den Risiken und Chancen dieser Entwicklung konfrontiert. Und es stimmt: In unserem Bezirksverband herrscht eine hohe Konzentration auf den Norden innerhalb des S-Bahn-Rings – sowohl was die Zahl der Mitglieder als auch die Aktionen betrifft. Der Parteaufbau im Süden des Bezirks muss vorankommen. Dort wohnen tausende Menschen, die davon profitieren würden, wenn wir linke Politik durchsetzen können. Uns ist es wichtig, dass wir hierbei nicht einfach die oft bemühte Erzählung abspulen, dass innerhalb des Rings die „begüterten“ Studis und „Woken“ wohnen würden und außerhalb des Rings die Menschen mit den „echten“ Problemen. Im Kulturkampf zwischen Innen- und Außenstadt steckt der Klassenkampf von oben, der uns alle bedroht – egal ob Hermannplatz oder Gropiusstadt. Wir sind daher bereit, den Kulturkampf von links zu besetzen und klassenbewusst zu führen. Alles andere missachtet, dass Mietenproblematik, Rassismus und auch die ökologische Frage dies- und jenseits des Rings reale Themen und Probleme sind. Mit der BO Süd versuchen wir seit 2017 die konservative Hegemonie und vor allem die verständliche Lethargie vieler Menschen in Bezug auf Politik aufzubrechen. Wir haben bereits gesehen, dass die Partei dort, wo wir im Süden Präsenz zeigen, höhere Wahlergebnisse erzielt. Der Aufbau dort muss ein zentrales Projekt des Bezirksverbands als Ganzes bleiben.

ERFOLGREICHE LINKE OPPOSITION SETZT ENGE VERBINDUNGEN ZUR GEWERKSCHAFTLICHEN ERNEUERUNG VORAUS

Das Frühjahr 2023 bescherte ver.di die größte Eintrittswelle seit Gründung. Unterschiedliche Streikbewegungen und ihre Verknüpfung mit sozialen Bewegungen prägten punktuell sogar die öffentliche Debatte. Dieser hoffnungsvolle Aufbruch in der insgesamt fortbestehenden Defensive der Gewerkschaften und der gesellschaftlichen Linken findet auch in Neukölln statt. Das Klinikum Neukölln und der Betriebshof der BSR in der Gradestraße

waren Hotspots der vergangenen Tarifbewegung im öffentlichen Dienst. Als Partei müssen wir unsere bisherigen Bemühungen, Teil dieser Aufbrüche zu sein, fortsetzen und weiterentwickeln. Das ist sowohl eine Voraussetzung für den Aufbau einer breiteren gesellschaftlichen Verankerung als auch für die Entwicklung von durchsetzungsfähigen Strategien jenseits der Regierung. Der Gewerkschaftsratschlag des Bezirksverbands im August diente als Auftakt, um unsere gewerkschaftliche Arbeit im Bezirk zu verstetigen und zu systematisieren.

KOMMUNALPOLITIK IST KEIN SELBSTZWECK

Die LINKE. Neukölln setzt sich auf allen Ebenen für eine Verbesserung der Lebenssituation der Menschen ein. Ihre kommunalpolitische Arbeit in der Bezirksverordnetenversammlung, ihren Gremien und Ausschüssen, sowie die Ausübung des Amtes einer Stadträt:in ist kein Selbstzweck. Vielmehr sehen sich die Amts- und Mandatsträger:innen einer kommunalpolitischen Strategie verpflichtet, die von den Mitgliedern der Neuköllner LINKEN in einem gemeinsamen Prozess beschlossen wurde. Sie sieht unter anderem eine enge Anbindung der BVV-Fraktion an die Basis der Partei, die strategische Nutzung des privilegierten Presse- und Öffentlichkeitszugangs, die enge Zusammenarbeit mit Initiativen und Bewegungen sowie eine klare Ablehnung und Protest gegen jegliche Kürzungsmaßnahmen vor. Zentrales Ziel ist es, innerhalb des kommunalpolitischen Rahmens und in Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Akteuer:innen Möglichkeitsfenster für linke Politik zu identifizieren und nutzbar zu machen. Gemeinsam mit den Mitgliedern, sowohl auf Mitgliederversammlungen als auch in den Basisorganisationen, wird immer wieder evaluiert, ob das gelingt.

KLIMAPOLITIK IST ZENTRAL – BUNDESWEIT WIE IN NEUKÖLLN

Der Klimawandel offenbart mehr und mehr seine katastrophischen Ausmaße, während die Kluft zwischen dieser wissenschaftlich nachgewiesenen Bedrohung und ihrer gänzlich unzureichenden politischen Bearbeitung auch unter der Ampel-Koalition weiter anwächst. In Deutschland wie in Berlin stehen sich ein grün-kapitalistisches Modernisierungsprojekt und eine fossilistisch-reaktionäres Projekt zur Erhaltung des wachstumsbasierten Status Quo gegenüber, die beide nicht in der Lage sind die katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern. Als LINKE müssen wir aus dieser falschen Polarisierung ausbrechen und den dritten

Pol eines radikalen, sozial-ökologischen Umbaus sichtbar machen. Der Kampf gegen die Klimakatastrophe als Ergebnis des fossilen Wachstumszwangs birgt die Chance, das Leben der Menschen langfristig zu verbessern. Denn für seine effektive Bekämpfung sind Maßnahmen wie zum Beispiel Vergesellschaftung der Energiekonzerne sowie weiterer Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge, eine Jobgarantie und ein Globaler Schuldenschnitt unerlässlich. Wir brauchen gut ausgebauten und kostenlosen ÖPNV statt Politik für die Autoindustrie, öffentliche Schwimmbäder für alle statt privater Pools für die, die es sich leisten können, und kostenlose wohnortnahe Naturerholungsgebiete, die alle nutzen können, statt die Bebauung von wertvollen Freiflächen mit Luxuswohnungen. Dieser Umbau wird nur gelingen, wenn Erneuerungsprozesse auf Bundesebene mit lokalen Projekten einhergehen. In diesem Sinne bekommen die Kämpfe um den Emmauswald, um das Tempelhofer Feld, um die Verkehrswende in all ihren Dimensionen – A100, linker Nahverkehrsplan für Neukölln, Radwege, #WirFahrenZusammen und TVN – bis hin zu Fragen der Klimaanpassung – Wasserversorgung, Freibäder, Entsiegelung, Ausbau der Erneuerbaren Energien – eine zentrale Bedeutung. DIE LINKE kann dazu beitragen, die gefühlte Ohnmacht und Unentschlossenheit von Teilen der Klimabewegung mit einer radikalen und gleichzeitig mehrheitsorientierten Strategie in konkreten Kämpfen durchbrochen werden.

WOHNUNGSKONZERNE ENTEIGNEN, MIETER*INNEN SCHÜTZEN

In Neukölln sind die Mieten in den letzten Jahren im berlinweiten Vergleich besonders stark gestiegen. Gleichzeitig ist der Anteil der belegungs- und mietpreisgebundenen Wohnungen durch das Auslaufen der Sozialbindung rapide zurückgegangen. Das Stadtbild Neuköllns verändert sich dadurch nachhaltig: Besonders arme und migrantisierte Personen sehen sich immer häufiger gezwungen, an den Stadtrand zu ziehen, kleine Gewerbetreibende werden durch große Ketten oder Anwalt- und Architekturbüros verdrängt oder sind akut davon bedroht. Kulturelle Treffpunkte müssen Kapitalinteressen weichen. Diese Entwicklung wird aber nicht widerstandslos hingenommen: Die Initiative „Deutsche Wohnen und Co Enteignen“ hat es in einem bahnbrechenden Volksentscheid geschafft, 58 Prozent der Berliner:innen hinter der Forderung zur Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen zu versammeln. Die Neuköllner LINKE hat einen eindrucksvollen Beitrag dazu geleistet, konnte auf Bezirksebene 7000 Unterschriften sammeln und

die Sammelphase nutzen, um Mitglieder zu aktivieren und neue Mitglieder zu gewinnen. Die Tatsache, dass eine Umsetzung des Volksentscheides mit Antritt des schwarz-roten Senats in weite Ferne gerückt ist, ist ein demokratischer Skandal. Jetzt muss weiter Druck aufgebaut werden – auf der Straße und im Parlament. Gemeinsam mit der Initiative gilt es zu evaluieren, welche Rolle DIE LINKE dabei aus der Opposition heraus spielen kann. Die Neuköllner LINKE kämpft auf Bezirksebene gegen Aufwertungsprojekte und gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum und unterstützt die Kämpfe von Mieter*inneninitiativen gegen Verdrängung.

RASSISMUS AUCH IN SEINEM BÜRGERLICHEN MANTEL ENTGEGENTRETEN

Der Wahlsieg der CDU bei der Wiederholung der Abgeordnetenhauswahl gründete sich auf eine rassistische Kampagne der Wegner-Partei zur Silvesternacht – deren Charakter sich deutlich in der Frage der CDU nach den Vornamen von Straftäter:innen mit deutschem Pass zeigte. Die CDU hat ein eigenständiges rechtes Profil und dient als Stichwortgeberin für die AfD und andere radikale Kräfte. Erstere war neben der CDU die einzige Partei, die bei der Wiederholungswahl prozentual dazugewonnen hat.

Neukölln ist immer wieder Gegenstand von medialen Kampagnen, die das Bild des Bezirks als rechtsfreien Raum zeichnen: in der Hand von testosterongesteuerten junge Männern mit Migrationsgeschichte. Das aktuellste Beispiel ist die Debatte über Gewalt in Freibädern. Diese Kampagnen sind zwar oft faktenbefreit (so sind etwa die Zahlen der Gewalttaten in Schwimmbädern rückläufig), erfüllen aber eine Funktion: Sie lenken die öffentliche Debatte weg von grundsätzlichen sozialen Problemen des Bezirks, weg von Armut, weg von Personalmangel in allen Ämtern, weg von unterfinanzierten Schulen und nicht zuletzt weg von den geplanten Kürzungen im sozialen Bereich auf Bezirks- und Landesbene durch den schwarz-roten Senat. Antirassismus muss in Neukölln aus unserer Sicht also gleich drei Aufgaben erfüllen: 1) Die offensive Konfrontation der radikalen Rechten von AfD bis III. Weg, egal wie und wo sie aufzutreten versuchen, 2) die klare Benennung der Komplizenschaft der „bürgerlichen Mitte“ bei Rassismus und Spaltung und 3) den entschiedenen Protest gegen den sozialen Nährboden des Rassismus organisieren. Ein glaubwürdiger und effektiver Antirassismus muss zudem einer sein, der mit den Betroffenen organisiert wird statt über ihre Köpfe hinweg. Unser jahrelanger Protest gegen

die mit „Clans“ in Verbindung gebrachten sogenannten Schischabar-Razzien in Neukölln kann ein ausbaufähiger Ansatzpunkt sein. Wir haben regelmäßig Ladenbesitzer:innen besucht, die Opfer der Show-Einsätze waren, haben teilweise mit ihnen Gegenwehr organisiert und in der Bevölkerung aufgeklärt. Trotzdem ist auch DIE LINKE Neukölln erst am Anfang des Wegs hin zu einer politischen Heimat für migrantisierte Personen.



Für Anregungen und Feedback:
vorstand@die-linke-neukoelln.de